



éditorial

Les nouveaux parents

Audrey Somnard

Après le mariage ouvert aux couples de même sexe, qui est passé comme une lettre à la poste – le Premier ministre n'a pas tardé à en profiter lui-même – le Luxembourg a prouvé, bien avant la claque du référendum, que l'ouverture d'esprit était bien une réalité dans ce pays. Ce week-end, les résidents d'Irlande du Nord ont marché dans Belfast pour obtenir, eux aussi, le droit de se marier avec la personne de leur choix. Catholiques et protestants, Britanniques et Irlandais, ils ont prouvé qu'ils pouvaient soutenir une cause commune. Avec l'adoption du mariage pour tous dans le Sud, l'Irlande du Nord reste un bastion où les homosexuels n'ont pas voix au chapitre.

Au Luxembourg, on en est déjà à l'étape supérieure. Alors que la législation vient de se défaire des notions d'enfant naturel et d'enfant légitime, issues d'un temps où les enfants étaient forcément issus d'un mariage, il est devenu nécessaire que les textes de loi rattrapent la réalité du terrain. La société de

papa a évolué et les normes ont changé. Enfin, pas tant que ça, puisque la famille type reste un papa, une maman et leurs enfants. Pourtant, ceux qui échappent à ce modèle sacré sont de plus en plus nombreux. Divorces, parents absents, mères célibataires et maintenant couples de même sexe sont à même de (re)créer une famille. Celle qu'on a voulue et qu'on a choisie parfois. Il serait donc temps que, comme le préconisent les pédagogues et psychologues, on parle de parents de naissance et de parents d'éducation.

Parce que si pour faire des enfants, tout le monde connaît la recette – c'est d'ailleurs sûrement la partie la plus agréable – c'est ensuite que cela se complique. Alors, prendre plus en considération ceux qui suent sang et eau pour élever des enfants qui ne sont peut-être pas biologiquement les leurs serait une avancée de premier plan. Si la famille était quelque chose d'imposé il n'y a encore pas si longtemps, aujourd'hui ces nouveaux parents ont peut-être désiré plus que les autres leurs enfants. La législation va bientôt trancher sur leur légitimité.



Reform des Abstammungsrechts

Kindesinteressen im Vordergrund

Menschenrechtskommission verfasst teilkritisches Gutachten zum Gesetzentwurf

VON MICHELE GANTENBEIN

Die Neuregelung des Abstammungsrechts wurde von der Menschenrechtskommission ganz besonders aufmerksam begutachtet. Schließlich geht es um das Kind, um dessen Rechte und Interessen. Diese müssen nach Ansicht der CCDH ausnahmslos im Vordergrund stehen. Das Gutachten, das gestern vorgestellt wurde, fällt teils positiv, teils kritisch aus.

Das heutige Gesetz über die Abstammung (filiation) unterscheidet zwischen ehelichen und nicht-ehelichen Kindern und teilt die Kinder somit in zwei Wertekategorien ein. Die konsultative Menschenrechtskommission (CCDH) begrüßt ausdrücklich die Abschaffung, in der Neuregelung des Abstammungsrechts, der nicht mehr zeitgemäßen und diskriminierenden Unterscheidung zwischen enfant légitime (ehelich) und enfant naturel (nicht-ehelich).

Die Kommission fordert, dass „für jedes Kind absolute Klarheit über seine Abstammung besteht“. Auf keinen Fall dürfe es zu einer

Diskriminierung von Kindern „aufgrund der Bedingungen der Zeugung, der Schwangerschaft, der Geburt oder der Familienzusammensetzung kommen“, sagte gestern der Vorsitzende der CCDH, Gilbert Pregno, bei der Vorstellung des Gutachtens zum Gesetzentwurf 6568.

Weniger gut gefällt den Menschenrechtlern die Reduzierung im Gesetzestext auf die Begriffe „Mutter“ und „Vater“. Damit trage der Text den vielen verschiedenen Familienformen, die es heute gibt, ungenügend Rechnung, so Pregno. Kritisiert wird auch, dass „der Vater in dem Gesetzestext nicht vorkommt“, wie Marie-Jeanne Schon erklärt.

Künstliche Befruchtung und Leihmutterschaft

Die künstliche Befruchtung ist in Luxemburg gängige Praxis. Eine gesetzliche Regelung aber gibt es nicht. Das soll sich nun ändern und wird von der Menschenrechtskommission auch ausdrücklich begrüßt. Der Commission consultative des droits de l'homme ist

wichtig, dass der Text über eine gewisse Flexibilität verfügt, um den Fortschritten in der Fortpflanzungsmedizin Rechnung tragen zu können. Auch drängen sich nach Ansicht der Menschenrechtler ethische Fragen auf. So bestehen sie beispielsweise auf einen Artikel im Text, der die Handhabung menschlichen Erbguts regelt.

„Die Leihmutterschaft ist ein heikles Thema“, meinte Gilbert Pregno. In manchen europäischen Ländern, England und Griechenland zum Beispiel, ist die Leihmutterschaft erlaubt und gesetzlich geregelt. In Luxemburg will der Gesetzgeber die Leihmutterschaft verbieten und Eltern, die auf eine Leihmutter zurückgreifen, um sich ihren Kinderwunsch zu erfüllen, strafrechtlich verfolgen.

Die CCDH will sich zum Verbot der Leihmutterschaft zwar nicht explizit äußern, spricht sich aber gegen die Bestrafung von Eltern aus, die ein Kind von einer Leihmutter austragen lassen und bei sich aufziehen. Eine strafrechtliche Verfolgung habe negative

Konsequenzen für das Kind und die Familien, so die CCDH. Unabhängig von seiner Abstammung habe jedes Kind das Recht auf eine legale Existenz in diesem Land. Im Übrigen laufe die Strafverfolgung der Abschaffung der Diskriminierung, dem eigentlichen Ziel des Gesetzes, zuwider, befand die Kommission.

Anonyme Geburt und das Recht des Kindes auf Informationen

Im Zusammenhang mit der anonymen Geburt besteht die CCDH darauf, dass dem Kind die Möglichkeit eingeräumt wird, Informationen über seine Herkunft zu erhalten, wenn es das wünscht. Momentan sei im Gesetzentwurf lediglich das Recht der Mutter auf Anonymität festgeschrieben. Die Menschenrechtskommission fordert deshalb die Schaffung eines zentralisierten Systems mit Informationen und Daten zur Mutter und der Möglichkeit, das Recht der Mutter auf Anonymität unter gewissen Bedingungen auszuhebeln.



Leihmutterschaft nicht verbieten

MENSCHENRECHTSKOMMISSION Gutachten zur Abstammung von Kindern

Serge Kennerknecht

Die Leihmutterschaft, das Austragen eines Kindes für eine andere Frau, soll in Luxemburg verboten werden. Die Luxemburger Menschenrechtskommission ist gegen eine solche strafrechtliche Verfolgung.

In ihrem Gutachten zum Gesetz über die Abstammung („filialion“) verweist die Kommission darauf, dass die Leihmutter-schaft, ermöglicht durch die Techniken der künstlichen Befruchtung, innerhalb der Europäischen Union nur in Großbritannien und in Griechenland legal ist. Weil es in diesen Ländern jedoch für Ausländer einige einschränkende Bestimmungen gebe, würden immer mehr Paare in Osteuropa nach Möglichkeiten suchen, ihr Kind von einer Leihmutter austragen zu lassen.

Möglichkeiten Rechnung tragen

In Luxemburg soll die Leihmutter-schaft jedoch verboten werden, auch wenn sie im Ausland erfolgen sollte, u.a. mit der Begründung, dass Kinder aus solchen Schwangerschaften später Probleme haben würden. Die Behauptung, dass solche Kinder mehr Probleme haben sollen als andere, sieht die Kommission als nicht erwiesen an. Die Position des Gesetzgebers sei zu vereinfacht und würde den heutigen medizinischen Möglichkeiten nicht Rechnung tragen.

Zudem sei schwer zu begründen, dass Paare, die im Ausland völlig legal auf eine Leihmutter-schaft zurückgegriffen haben, in Luxemburg dann strafrechtlich verfolgt werden sollen. Und was

soll mit Paaren geschehen, die vorher in einem anderen Land gewohnt haben, dort legal durch eine Leihmutter-schaft zu Eltern wurden und später nach Luxemburg umziehen? Und vor allen Dingen will die Kommission wissen, wie es um die Konsequenzen für die Kinder steht, wenn sie erleben müssen, dass ihre Eltern strafrechtlich verfolgt werden, nur weil sie es den Kindern durch eine Leihmutter-schaft möglich gemacht haben, zur Welt zu kommen.

Die „Commission consultative des droits de l'Homme“ (CCDH) erinnert daran, dass die europäische Menschenrechtskonvention jede Form der Diskriminierung des Privat- und Familienlebens verbietet. Ohne hieraus ableiten zu wollen, dass auch die Leihmutter-schaft an sich durch die Konvention geschützt sei, könne der Gesetzgeber sich jedoch der sich aus einer solchen Mutter-schaft ergebenden Konsequenzen nicht verschließen. Und daher auch nicht die Identität der Kinder antasten, indem er sie z.B. nicht anerkennt. Dies sei auch die Position des Europäischen Gerichtshofes, der Frankreich im Juni letzten Jahres gleich zweimal verurteilt hat, weil man dort die standesamtliche Eintragung von legal geborenen Kindern von Leihmüttern verweigert hatte. In allen Fällen gelte es, das übergeordnete Interesse des Kindes zu berücksichtigen. Ein einfaches Verbot der Leihmutter-schaft begleitet von einer strafrechtlichen Verfolgung würde kein Problem lösen und das Risiko bergen, dass es zu Ungleichheiten und Diskriminierung kommen könne, so die Kommission. Zur künstlichen Befruchtung selber, besonders bei der „in vitro“, sieht die Kommission dann Probleme, wenn menschliche Zellen von ei-

ner Biodatenbank stammen. In diesem Fall sei klar, dass ein Teil der genetischen Abstammung des Kindes nicht von seinen Eltern sei. Hier müsse das Recht des Kindes, später etwas über seine Herkunft zu erfahren, garantiert werden, so die CCDH, die unterstreicht, dass in Luxemburg viele Kinder derart gezeugt und geboren wurden.

Dass der Gesetzesvorschlag die Abstammung eines Kindes nur im Zusammenhang mit Vater und Mutter sieht, bedauert die Kommission. Die Zusammensetzung der Familien sei heute vielfältiger als früher. In der Realität hätten viele Kinder nur den Vater oder die Mutter, zwei Mütter oder zwei Väter. Es sei falsch, die Frage der Abstammung auf die reine biologische Realität beschränken zu wollen. Kinder, die von Alleinerziehenden oder von gleichgeschlechtlichen Paaren großgezogen würden, würden hierdurch diskriminiert. Das Gesetz solle so ausgerichtet sein, dass sich alle Kinder in einer klaren und gleichen Situation befinden, ohne unter biologischer, genetischer, adoptiver, soziologischer oder anderer Abstammung zu unterscheiden. Im Falle von anonymen Geburten („accouchement sous X“) schlägt die Kommission das Einsetzen eines Gremiums vor, das entscheiden soll, wann ein Kind das Recht auf Informationen über seine Herkunft haben soll. In Ausnahmefällen müsse dies selbst gegen den Willen seiner leiblichen Mutter möglich sein. Aus diesem Grunde fordert die CCDH, dass eine anonyme Mutter dazu verpflichtet wird, Angaben zu ihrer Person in einer zentralen Datei zu hinterlassen. Bislang beruht dies auf freiwilliger Grundlage.



„Im Interesse des Kindes“

Gutachten der Menschenrechtskommission zur Abstammungsreform

LUXEMBURG

CHRISTIAN BLOCK

Es sei zweifelsohne ein „sehr komplexes Dossier“, sagte Gilbert Pregno, Präsident der Menschenrechtskommission CCDH, gleich zu Beginn der Pressekonferenz. Gestern hat die „Commission Consultative des Droits de l'Homme“ ihr Gutachten zur Abstammungsreform vorgestellt. Ein Dossier, in dem viele Fragen offen sind und aufgrund der biotechnologischen Fortschritte auch in Zukunft noch einiges zu klären sein wird.

Insgesamt begrüßt die Menschenrechtskommission, dass die Unterscheidung zwischen „filiation légitime“ und „filiation naturelle“, also ehelichen und nichtehelichen Kindern abgeschafft wird. Kritischer sieht die CCDH allerdings die Reduzierung der Abstammung auf die Tatsache, einen Vater und eine Mutter zu haben. „Die Formen der Familie sind sehr vielfältig. Wenn man sich in die Rolle des Kindes versetzt, muss man der Unterschiedlichkeit der Familienformen auch Rechnung tragen“, sagte Pregno und gab Beispiele: heterosexuelle Familien, allein erziehende Familien, homosexuelle Familien oder auch Familien, die ein Kind adoptiert haben. „Es darf auf keinen Fall eine Diskriminierung für Kinder entstehen, die abhängig ist von den Zeugungsbedingungen oder den Bedingungen, unter denen die Schwangerschaft stattgefunden hat, wie sich die Familie zusammensetzt oder unter welchen Bedingungen das Kind zur Welt kommt.“ Außerdem müsse jedes Kind die gleichen Möglichkeiten haben, seine Herkunft in Erfahrung zu bringen.

Mit der Gesetzesvorlage 6568 soll auch die künstliche Befruchtung geregelt werden. Angesichts der Tatsache, dass die „procréation médicalement assistée“ (PMA) häufig in Luxemburg angewendet wird, sei die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens eine „wichtige Entscheidung“, sagte Marie Jeanne Schon von der CCDH. Schon sprach sich dafür aus, dass spezielle Fälle berücksichtigt werden, zum Beispiel wenn ein Elternteil seine

Zustimmung zurückzieht oder ein Partner stirbt. Wichtig sei auch, dass der gesetzliche Rahmen angesichts der schnellen wissenschaftlichen Fortschritte eine gewisse Flexibilität aufweise.

Verbot der Leihmutterschaft im Interesse des Kindes „keine gute Lösung“

Was die Leihmutterschaft angeht, steht für die CCDH fest, dass weder die Abwesenheit einer gesetzlichen Regelung, noch ein Verbot in Kombination mit einer strafrechtlichen Verfolgung, so wie es die Gesetzesvorlage vorsieht, die sich stellenden Fragen beantworten. „Im Interesse des Kindes ist das keine gute Lösung“, sagte Schon. In ihrem Gutachten wirft die CCDH die Frage auf: „Et quelles seraient les conséquences pour les enfants qui sont nés de ces pratiques si leurs parents se voient sanctionnés pénalement pour leur avoir permis de naître?“ Berücksichtigen müsse man, dass bereits heute Kinder in Luxemburg leben, die durch eine Leihmutter zur Welt gekommen sind. Außerdem bestehe das Risiko einer neuen Ungleichbehandlung und dadurch Diskriminierung zwischen Kindern, während es ein eigentliches Ziel der Reform ist, diese auszuräumen.

Beim Thema anonyme Geburt ist die Menschenrechtskommission der Ansicht, dass es für die Mutter eine Verpflichtung geben müsse, Informationen in einem Register zu hinterlassen, damit Kinder ihre Wurzeln kennen können. Die Menschenrechtskommission schlägt vor, zu diesem Zweck ein unabhängiges Organ ins Leben zu rufen. Außerdem soll die Identität der Mutter in Ausnahmefällen auch gegen ihren Willen preisgegeben werden können. Mit dem aktuellen Text riskiere Luxemburg jedenfalls, durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt zu werden, weil es Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention über das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens verletze, weil besagter Artikel das Recht beinhalte, seine Herkunft zu kennen. ●



Au nom de l'intérêt supérieur de l'enfant

La Commission consultative des droits de l'homme s'est penchée sur le projet de loi portant sur la filiation. Elle est d'avis qu'aucun enfant ne doit être discriminé.

Parents hétérosexuels, homosexuels ou encore seuls : pour la CCDH, l'important est que les enfants issus de toutes ces familles soient traités sur un pied d'égalité. Et d'en finir avec les préjugés qui mettent en avant les liens du sang.

De notre journaliste
Audrey Somnard

Le projet de loi 6568, qui porte sur la réforme du droit de la filiation, comprend des dispositions statuant sur de délicates questions sous le feu des interrogations telles que la procréation médicalement assistée (PMA), la gestation pour autrui (GPA) et l'accouchement sous X. Pour la CCDH, les choses sont claires : «**L'important est d'éviter la discrimination des enfants**», a bien insisté son président, Gilbert Pregno.

La législation sur la filiation doit se concentrer sur la notion de l'intérêt supérieur de l'enfant selon la CCDH, c'est lui qui doit être au centre des préoccupations du législateur. Pour cet organe consultatif chargé d'assister le gouvernement, il est important que la question de la filiation ne s'arrête pas uniquement aux aspects biologiques, ce qui reviendrait à ne parler de filiation que pour les enfants des couples hétérosexuels.

Le rapport rapporte que «dans les sciences humaines, les pédagogues et les psychologues tiennent désormais compte de la diversité des formes de parentalité : ainsi parlent-ils de parents de naissance et de parents d'éducation».

➤ La PMA à ancrer dans la loi

C'est pour cela que la CCDH rejoint un avis précédent de l'ORK, l'Ombuds-Comité pour les droits de l'enfant, qui préconise le modèle canadien qui confère la qualité de parents à ceux qui ont formé le projet parental commun, tout en garantissant à l'enfant de connaître, sous certaines conditions, leur identité génétique.

Concernant l'assistance médicale à la procréation, la CCDH reconnaît que de nombreux enfants naissent au Luxembourg au moyen d'une PMA ou d'une GPA. Pour la procréation médicalement assistée, l'organe consultatif estime que «le Luxembourg doit nécessairement se poser la question de la filiation de ces enfants» et du droit de l'enfant à connaître ses origines», et plaide ainsi pour une reconnaissance légale de la pratique de la PMA.

Pour la question plus délicate de la gestation pour autrui, qui n'est autorisée dans l'Union européenne qu'au Royaume-Uni et en Grèce, la CCDH prend plus de pincettes. Mais il serait cependant dangereux de ne pas légiférer sur la GPA et de se contenter d'en interdire la pratique. «**Cela ne va pas permettre de résoudre les difficultés et comporte le risque d'un traitement inégal, voire discriminatoire**», estime Marie-Jeanne Schon, une membre de l'organe consultatif.

Pour la CCDH, le législateur doit permettre aux enfants de se retrou-

ver dans une situation qui est claire et identique pour tous, sans différencier entre filiations biologique, génétique, adoptive, sociologique ou autres. Toute distinction est pour la CCDH synonyme de discrimination. Pour autant, le statut de la PMA doit être précisé selon la CCDH, notamment en ce qui concerne des PMA réalisées avec le matériel génétique de personnes décédées ou celles concernant des personnes n'étant plus en âge de procréer, même pour les personnes ayant retiré leur consentement.

C'est dans cette même veine que la CCDH a donné son avis sur l'accouchement sous X. L'enfant devrait disposer du droit d'accéder à ses origines, sous certaines conditions et limites. La CCDH recommande donc au législateur de prévoir l'obligation pour la mère de laisser des informations dans un système centralisé et la création d'un mécanisme qui permet de lever le secret de l'identité de la mère et qui facilite à l'enfant la recherche d'informations sur ses origines. Tout serait alors centralisé par un organisme indépendant qui déciderait sur la base de tous les éléments de fait et de droit si l'identité de la mère doit être révélée. Entreraient alors en ligne de compte les motifs de refus de la mère, la motivation de l'enfant demandant la levée de l'anonymat et les intérêts d'autres membres de la famille qui désireraient maintenir le lien avec l'enfant, surtout s'il s'agit du père.

Filiatioun "Et muss an éischer Linn ëmmer ëm d'Kand goen"

Déi consultativ Mënscherechtskommissioun huet hiren Avis zu der Reform vum Filiatiounsgesetz presentéiert a gëtt doranner 4 Haaptrecommandatiounen.



Keen einfachen Dossier, net nëmme well den aktuellen Text op 1979 zrëckgeet, mä virun allem well et e Beräich ass, dee permanent de wëssenschaftlechen a gesellschaftlechen Entwécklungen an natierlech och ethesche Froen ausgesat ass, wou villes net gekläert ass. E komplexen Dossier also, an deem de Gesetzgeber de wëssenschaftlechen Entwécklungen hannendru leeft, esou huet de President vun der Mënscherechtskommissioun den Domän vun der Filiatioun beschriwwen.

Zanter zwee Joer läit jo eng Reform vum aktuellen Ofstamungsgesetz um Dësch an déi consultativ Mënscherechtskommissioun huet um Méindeg de Moien hiren Avis dozou presentéiert.

D'Mënscherechtskommissioun begréisst fir d'éischt emol, datt keen Ënnerscheed méi gemaach soll ginn tëscht natierlecher a legitimer Filiatioun, also tëscht Kanner, déi an oder ausserhalb vun engem Bestietnes op d'Welt kommen, vermësst awer an engems, datt just der natierlecher Familljeform vu Papp a Mamm am Text Rechnung gedroe gëtt. *"D'Forme vun de Famillje sinn esou villfälteg, a wann ee sech dann an d'Situatioun vun engem Kand setzt, da muss een der Ënnerschiddlechkeed vun de Familljeformen och Rechnung droen."*, esou de Gilbert Pregno.

Wat d'PMA, also déi kënschtlech Befruchtung ugeet, fënnt d'Mënscherechtskommissioun et eng gutt Saach, datt hei endlech e Kader geschaf soll ginn. Dee Kader misst awer och spezielle Situatiounen Rechnung droen, sech dem wëssenschaftleche Fortschrëtt upassen an och ethesch Froen thematiséieren, seet d'Marie-Jeanne Schon. Et wier wichteg, dass och en Artikel iwwer déi gentechnesch Manipulatioun an d'Selektioun vun den Embryoen an dee Gesetzprojet géing erakommen.

Ënnert anerem eng ethesch Fro ass jo och vun der "Leihmutterschaft", déi hei am Land verbueden an och sanktionéiert soll ginn. D'Mënscherechtskommissioun positionéiert sech an hirem Avis zwar net zu der sougenannter "gestation pour autrui" u sech a betount de Fraekierper dierft net zu kommerzielle Zwecker mëssbraucht ginn. Mä d'Kommissioun ass awer géint penal Sanktiounen an zwar aus engem praktesche Grond. Zu Lëtzebuerg géingen et och elo scho Kanner ginn, déi duerch eng Leihmutterschaft am Ausland ganz legal op d'Welt komm sinn an déi dierften net diskriminéiert ginn. Déi Kanner missten zu Lëtzebuerg unerkannt ginn. Am Gesetztext ass nämlech virgesinn, déi "gestation pour autrui" ze verbidden.

Eng Penalisatioun hätt schlëmm Konsequenze fir déi ganz Famill a géif och net dem Geescht vum Gesetztext entsprechen, mat deem Differenzen u sech sollen ofgebaut ginn.

D'Mënscherechtskommissioun wënscht sech donieft, datt Kanner och bei engem anonymen Accouchement d'Méiglechkeet kréien, fir erauszefannen, ween hir Mamm ass. Duerfir sollt d'Mamm hir Donnéeën an engem zentraliséierten onofhängege System hannerloosse mussen.

RTL Radio 15/06/2015

Filiation : la CCDH présente son avis

(da) - La Commission consultative des droits de l'Homme (CCDH) a présenté lundi son avis sur le projet de loi 6568 (woxx 1308) portant réforme du droit de filiation. La CCDH se félicite d'abord de l'abolition de la distinction entre « filiation naturelle » et « filiation légitime », mais critique la réduction de la question de la filiation à un modèle familial traditionnel et hétérosexuel. Pour ce qui est de la procréation médicalement assistée (PMA), la commission se réjouit de la volonté de légiférer en la matière, et d'ainsi créer un cadre légal pour une pratique assez fréquente au Luxembourg. Il n'en va pas de même pour ce qui est de la gestation pour autrui (GPA). Dans la ligne de mire de la CCDH : l'interdiction pure et simple de la pratique, combinée à la possibilité de poursuites pénales à l'égard des parents qui en feraient usage. Comme pour l'« Ombuds-Comité fir d'Rechter vum Kand », il s'agit pour la CCDH de reconnaître une réalité - puisqu'il existe des pays, même au sein de l'Union européenne, où la GPA est légale. En ce qui concerne l'accouchement sous X, la CCDH recommande l'introduction d'une obligation de dépôt d'informations pour les mères et la création d'un mécanisme indépendant regroupant toutes ces informations.

woxx 19/06/15

Identitätsrecht

In einem Gutachten zur Reform des Abstammungsrechts verlangt die beratende Menschenrechtskommission, dass alle Kinder, deren Herkunft rechtlich anerkannt ist, die gleichen Rechte gegenüber ihren biologischen oder sozialen Eltern haben. Sie fordert auch einen rechtlichen Rahmen für die künstliche Befruchtung und spricht sich für eine Aufweichung der anonymen Niederkunft, des „accouchement sous X“, aus. Sich „mit einem einfachen Verbot der Leihmutterschaft zu begnügen“, hält die Kommission für unangebracht. rh.

Land, 19/06/15